

ARGUMENTATIONSHILFE

**Digitale Infrastruktur
für alle**

DIE LINKE.

THEMA

DIGITALE INFRASTRUKTUR FÜR ALLE

Viele Menschen in Deutschland können an der schönen neuen Welt des digitalen Raums nicht teilhaben. Entweder es fehlt an den technischen Voraussetzungen – wer auf dem Land lebt und seine Daten noch über ein Kupferkabel schickt, kann weder Filme streamen noch die zahlreichen Informationsangebote im Internet nutzen. Oder es fehlt an den notwendigen Mitteln, um einen Telefon- und Internetanschluss bezahlen zu können.

DIE LINKE fordert, in den nächsten Jahren 10 Mrd. Euro in einen konsequenten Breitbandausbau zu investieren. Das Geld sollen aber nicht private Unternehmen, sondern kommunale Netzbetreiber erhalten. Jeder Haushalt soll ein Recht auf einen Breitbandanschluss haben. Der Internetzugang soll genauso wenig wie der Strom gesperrt werden dürfen, wenn Menschen ihre Rechnungen nicht bezahlen können. In den wohnortnahen sozialen Zentren, die wir mit unserem Programm zur Stärkung ländlicher Räume einrichten wollen, soll es öffentlich zugängliche Computer geben, die allen einen Zugang ins Internet erlauben. Die Menschen wollen aber auch mobil auf das Internet und ihre Daten zugreifen können. Im Mobilfunk gibt es zwar drei konkurrierende Mobilfunkanbieter – aber immer noch große weiße Flecken bei der Netzabdeckung. Wir wollen das letztlich unwirtschaftliche und ineffiziente Nebeneinander von privaten Netzbetreibern beenden und alle Telekommunikationsinfrastrukturen in die öffentliche Hand überführen.

Was sagen die anderen?

Die **CDU** will Mobilfunkanbieter stärker verpflichten, flächendeckenden Mobilfunk anzubieten. Auch die **SPD** will Ausbau- und Versorgungspflichten der privaten Netzbetreiber ausweiten, für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen sollen Sozialtarife geschaffen werden. **Die Grünen** wollen für den Breitbandausbau Mindeststandards formulieren und zum Teil der Grundversorgung machen. Die **FDP** will den Ausbau über Anreize und »Bürokratieabbau« vorantreiben.

LINKE Gegenargumente

Der Zugang zu digitaler Infrastruktur ist in unserer Gesellschaft mittlerweile zentral, um umfassend teilhaben zu können. Zugang zu Informationen und zur Verwaltung ist schneller und einfacher möglich. Dabei dürfen aber diejenigen nicht vergessen werden, die sich aus verschiedenen Gründen nicht beteiligen wollen oder können. Es kann nicht sein, dass Menschen zukünftig nur noch Schwimmbäder besuchen können, wenn sie vorher ein Ticket auf ihrem Smartphone gebucht haben, oder Behördengänge nicht mehr möglich sind, schon weil ein Termin nur noch online vergeben wird. Ausbau der digitalen Infrastruktur soll aus unserer Sicht neue Teilhabemöglichkeiten erweitern – aber nicht alte versperren.